

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pf., ohne Trägerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pf., per Kreuzband 39 Pf. Vorauszahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die gesetzte Zeit kostet 25 Pf.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeiterneuheiten sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 42.

Sonntag, den 20. Oktober.

1907.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gesl. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vor mittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden in nächster Nummer zurückgestellt.

Die Redaktion.

Telegramm.

Gießen, 15. Oktober. Die Aussperrung der Tabakarbeiter ist mit Erfolg beendet. Die Organisation, d. h. der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, gegen den sich die Aussperrung hauptsächlich richtete, wird von den Unternehmen anerkannt. Ausgleichung der Differenz bei Rinn & Cloos wird vollzogen. Maßregelungen sollen nicht eintreten, und der Fabrikantenbeschluss, wonach kein Arbeiter ohne Genehmigung seines früheren Fabrikanten bei einem andern Fabrikanten in Arbeit treten dürfte, wird aufgehoben. Die Arbeit wird am Sonnabend von den Wiedermachern, am Montag von den Rollern aufgenommen.

Die Erziehungsideale des Sozialismus.

Der Sozialismus wird die Klassenerziehung aufheben. Das ist nicht eine beweislose, selbstgefällige Behauptung, sondern eine Selbstverständlichkeit, die sich mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Sozialismus ergibt. Der Sozialismus will die Beseitigung der Klassengegensätze, und mit der Beseitigung der Klassenherrschaft fällt auch die mit ihr untrennbar verbundene Klassenziehung.

„Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung,“ sagt Engels im Anti-Dühring, „von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft — Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft usw. — übrig bleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgt. . . . Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft — theoretisch wie praktisch — zu beteiligen. . . .“

Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da. . . .“

Marx hatte schon vorher aus den von ihm festgestellten Tatsachen der Kinderausbeutung und den dagegen getroffenen Maßnahmen der englischen Gesetzgebung unter Berufung auf Robert Owen den „Keim der Erziehung der Zukunft“ abgeleitet, „welcher für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit, mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen“. Näher ausgeführt sind diese Ideen, die in der Tat den „Keim der Erziehung der Zukunft“ enthalten, die in genialer Vorausbestimmung das Ziel und die Wege der sozialistischen Erziehung in wenigen, aber richtigen und sicheren Strichen entwerfen, in der Resolution, die der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1866 annahm. In dieser Resolution lauten die wesentlichsten, für uns in Betracht kommenden Partien:

„Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen, von beiden Geschlechtern, zur Mitwirkung an dem Werke der sozialen Produktion herbeizuziehen, als eine progressive, heilsame und rechtmäßige Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine abscheuliche ist. Ein einem rationellen Zustande der Gesellschaft sollte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Jahre an ein produktiver Arbeiter werden: auf gleiche Weise sollten keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Gesetze der Natur ausgenommen sein: nämlich zu arbeiten, um imstande zu sein, zu essen, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirn, sondern auch mit den Händen. Von diesem Standpunkte ausgehend, sagen wir, daß keinen Eltern und Arbeitgebern durch die Gesellschaft Erlaubnis

gegeben werden darf, die Arbeit von Kindern oder jungen Personen zu gebrauchen, außer unter der Bedingung, daß jede produktive Arbeit mit Bildung verbunden wird. Unter Bildung verstehen wir drei Dinge: 1. geistige Bildung; 2. körperliche Ausbildung, solche, wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Übungen gegeben wird; 3. polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundfeste aller Produktionsprozesse mitteilt, und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweicht in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementarischen Instrumente aller Geschäfte. Mit der Einteilung der Kinder und jungen Personen vom 9. bis 17. Jahre in drei Klassen sollte ein allmählicher und progressiver Lehrlauf der geistigen, gymnastischen und polytechnischen Erziehung verbunden sein. Mit Ausnahme vielleicht der ersten Klasse sollen die Kosten der polytechnischen Schulen teilweise gedeckt werden durch den Verkauf ihrer Produkte.“

Sehen wir von nebensächlichen Einzelheiten ab, so ergibt sich als das eigentliche charakteristische Kennzeichen der sozialistischen Erziehung die Arbeit, die körperliche Arbeit als Grundlage der Erziehung, auch der geistigen und sittlichen. Dieses Kennzeichen unterscheidet die sozialistische Erziehung grundsätzlich von der bürgerlichen, die den Begriff der Arbeit nicht kennt und darum auch nicht aus der Arbeit, sondern aus der Spekulation ihre Moralbegriffe herleitet. Wohl hat man neuerdings hier und da den sogenannten Handarbeitsunterricht in die Schulen eingeführt, der aber in gar keinem Verhältnis zu der von uns angestrebten Erziehung durch Arbeit zur Arbeit steht. Wohl ist auch dem einen oder dem andern bürgerlichen Pädagogen eine Erkenntnis von der großen sozialen Bedeutung der Arbeit für die Jugendziehung aufgegangen, so unter anderem dem Leiter des Seminars für Knabenhandarbeit in Leipzig, Dr. Bobst, und dem hessischen Schulrat Scherer. Aber die zünftige Pädagogik steht dem Arbeitsunterricht fühl und verständnislos gegenüber. Ist doch noch vor einigen Jahren, 1900, auf der deutschen Lehrerversammlung in Köln, die Einführung des Handarbeitsunterrichts mit übergroßer Mehrheit und mit Gründen, die die Verständnislosigkeit gegenüber diesem Problem gress beleuchteten, abgelehnt worden. Dabei findet die bürgerliche Pädagogik bei den größten und besten unter ihren Theoretikern und Begründern ein erfreuliches Verständnis für den Wert der körperlichen Arbeit in der Erziehung. . . .

Aber das theoretische Fundament für die sozialistische Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus hat Marx gelegt, und auf diesem Fundament hat bisher erst ein berufener Pädagoge von Bedeutung mit Verständnis und Erfolg weiter zu bauen begonnen. Dieser Pädagoge ist freilich kein bürgerlicher Gelehrter, es ist unser schweizerischer Genosse Robert Seidel, der im Jahre 1885 eine ziemlich umfangreiche Schrift über den „Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit“, herausgab, die in einer bisher unübertroffenen, schlagkräftigen, eindrucksvollen Weise und mit sicherer Begründung den Arbeitsunterricht vom sozialistischen und zugleich pädagogischen Standpunkte aus würdigte.

„Arbeit heißt der Heiland der neueren Zeit“, so ruft Diezgen aus und widerlegt damit alle die törichten Verleumdungen, die der Sozialdemokratie Liebe zur Harsheit unterstellen. Arbeiten wollen wir auch in Zukunft, denn die Arbeit gehört zum Menschen wie das tägliche Brot. Es gibt für einen Gefangenen keine qualendere Strafe, als wenn man ihm die Arbeit entzieht. Die Arbeit hat die Menschheit zu dem gemacht, was sie heute ist, sie steht am Anfang der kulturellen Entwicklung, sie hat die Kultur bis auf die heutige Höhe geführt. Die Arbeit wird auch die Erlösung der Menschheit aus ihrer heutigen ökonomischen und geistigen Unfreiheit bewirken. Aber die Arbeit, die Praxis, muß von der künstlichen Trennung von ihrer geistigen Wesenheit, von der Theorie, zu der sie jahrtausendlang gezwungen worden ist, befreit werden. „Wissenschaft und Handwerk“ heißt es bei Diezgen, „Kopf- und Handarbeit sind nur zwei verschiedene Gestalten derselben Wesenheit.“ Im Kind ist die Trennung noch nicht vorhanden. Für das Kind ist sein scheinbar müßiges Spiel eine wichtige, ernste Arbeit, und bei diesem Spiel, bei dieser Arbeit arbeiten Kopf und Hand, Theorie und Praxis, gemeinsam. Später erst tritt durch die heutige unnatürliche Erziehungsmethode die Trennung ein. Die Schule stopft den Kopf mit abstraktem Wissen voll, die Hand und der Körper werden entweder frühzeitig durch die Fron des Kapitalismus verhöret, zerstört und einseitig verbildet, oder diese Ausbildung bleibt völlig dem Zufall überlassen. Das Kind an Turnunterricht, das im Lehrplan der heutigen Schule enthalten ist, ersetzt in keiner Weise die durch einen Arbeitsunterricht, der nach Möglichkeit im Freien stattzufinden hätte, in Gemein-

schaft mit einem planmäßigen gymnastischen Unterricht bewirkte allseitige körperliche Ausbildung. Die sozialistische Erziehung wird bei dem Spiel der ersten Kinderjahre anknüpfen und von hier aus die Jugend — ohne Trennung der Geschlechter — planmäßig in den Gebrauch der Werkzeuge, von den einfachsten bis zu den kompliziertesten, einführen. Sie wird dadurch den Kindern eine Art ABC der Arbeit beibringen, durch das sie — wie das übliche ABC die Fähigkeit des Lesens, Lernens, Studierens erschließt — die Fähigkeit des „Arbeitens“ in allen Produktionszweigen erlernen, durch das sie ferner die soziale Arbeit in ihrer Bedeutung „lesen“, d. h. in ihrer Bedeutung erkennen lernen, so daß sich der Einzelne nach freier Wahl und auf Grund genauer Kenntnis seiner Leistungsfähigkeit für einen Lebensberuf entscheiden kann. Jeder wird dann den Platz innerhalb der sozialen Arbeitsgemeinschaft einnehmen, der seiner körperlichen und geistigen Veranlagung am besten entspricht. Das „Verfahren“ des Berufes ist dadurch ausgeschlossen; ebenso ist die Verachtung des einen Berufs durch den andern unmöglich, da jeder Beruf nützlich ist und ein jeder Mensch auf Grund seiner Erziehung die Schwierigkeiten, Vorzüge und Nachteile des andern Berufs zu würdigen weiß. Dadurch wird aber auch zugleich das Kind planmäßig in das Wesen und in den Zusammenhang des gesamten Produktionsprozesses, der Grundlage der sozialen Organisation, eingeführt, und es vermag auch das für den heutigen Menschen sinnverwirrende Räderwerk des sozialen Organismus zu übersehen. Außerdem lernt das Kind nur durch die praktische Arbeit das Wesen der Dinge kennen, wie Robert Seidel ganz zutreffend in seiner erwähnten Schrift ausführt. . . .

Wenn der Sozialismus die Erziehung in der dargestellten Weise umformen will, so geht daraus hervor, daß er der Erziehung eine weit höhere Bedeutung einräumt, als ihr bisher zuerkannt worden ist. Sie wird für ihn zu einer der vornehmsten Pflichten der Gemeinschaft freier Arbeiter, die die zukünftige sozialistische Gesellschaft darstellt, zu einer Pflicht, für die die besten Mittel der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber es handelt sich dabei doch nicht etwa um einen unnatürlichen Zwang, der auf die Kinder ausgeübt wird, sondern die Kinder werden im Gegenteil froher und freier atmen, spielen, lernen, arbeiten, als dies jemals zuvor der Fall gewesen ist. Und indem sie durch ihre Arbeit schon Werte für die Gesellschaft produzieren, werden in ihnen frühzeitig die Gefühle der Selbstachtung und der Unabhängigkeit erwachen, Gefühle, die wir schon bei Kindern wünschen; denn wir wollen nicht die Jugend zu gehorsamen und willenslosen Subjekten einer ihnen gewaltsam aufgedrängten fremden Autorität erziehen, sondern schon im Kinde achten wir den Menschen, der das Recht hat, sich im Rahmen der sozialen Gemeinschaft zu seiner vollen und schönen Individualität zu entwickeln.

Rundschau.

Der Reichstag wird seine Sitzungen am 22. November wieder aufnehmen. In der ersten Sitzung werden kleine Vorlagen und Petitionsberichte beraten werden. Alsdann wird in der weiteren Behandlung des am Schlusse des letzten Tagungsabschnittes unerledigt gebliebenen Gesetzentwurfs eingetreten werden. Wahrscheinlich wird einer der ersten Gegenstände die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Majestäts-Beleidigungsparagraphen sein.

Die Sozialdemokratie Württembergs und das geplante Reichsvereinsgesetz. Die württembergischen Genossen nahmen auf ihrer Landeskongferenz auch Stellung zum geplanten Reichsvereinsgesetz und beschlossen folgende Resolution:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs beschließt:

Die Sozialdemokraten Württembergs sind bereit, die Bestrebungen zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes nach jeder Richtung zu unterstützen.

Die Landesversammlung erklärt jedoch mit besonderem Nachdruck, daß nur ein freies Gesetz, das die Bürger bei Vertretung ihrer politischen und sozialen Interessen in keiner Weise behindert und daher auch nicht zur Unterdrückung einer Klasse oder einer politischen Richtung missbraucht werden kann, den Bedürfnissen des Volkes genügt. Sie fordert daher als Grundlage eines solchen Gesetzes mindestens die Anerkennung der Rechte des Volkes in dem Umfang, wie sie ihm durch den bestehenden rechtlichen Zustand in Württemberg garantiert sind.

Sie spricht deshalb auch die Erwartung aus, daß die württembergische Regierung im Bundesrate darauf hin-

arbeiten wird, daß diese in Württemberg durch die politische Geschichte von Jahrzehnten bewährte Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes zur Grundlage des gesetzgeberischen Vorgehens im Reiche genommen wird, auf keinen Fall aber eine Verschlechterung des württembergischen Zustandes erfolgt.

Die Landesversammlung erwartet ferner von der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag, daß sie bei den Beratungen des zu erwartenden Entwurfes eines Reichsvereinsgesetzes ihre ganze Kraft einsetzt, um nicht nur ein einheitliches, sondern auch ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Reich zu schaffen."

Staatliche Wohnungsfürsorge. Die Preußische Gesetzsammlung veröffentlicht das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Beamten. Mit diesem Gesetz wird der preußischen Regierung ein weiterer Betrag von 15 Millionen Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind der preußischen Regierung vom Landtage zu diesem Zwecke Kredite bewilligt worden. Diese Kredite haben jetzt mit den neuesten 15 Millionen die Summe von 104 Millionen Mark erreicht. Die einzelnen Verwaltungen hatten sich entsprechend der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten an dem Verbrauch in recht verschiedener Weise beteiligt. Voran stand die Eisenbahnverwaltung, auf die nicht weniger als 59,5 Millionen Mk. gekommen waren. Ihr folgte die Verwaltung des Innern, deren Angestellte erst später als die der übrigen Verwaltungen in dieses Tätigkeitsgebiet gezogen wurden. Auf sie waren 14,1 Millionen verwendet. Die Bergverwaltung hatte 11,3 und die Bauverwaltung 0,7 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die staatlichen Kredite werden teils zu eigenen Bauten, teils zu Darlehn an Baugenossenschaften usw. verwendet. Von den zu Anfang Oktober 1906 festgelegten Summen waren für den ersten Zweck 49,1 und für den letzteren 35,5 Millionen Mark verwendet worden. Staatseigene Wohnungen waren rund 11 000 erbaut, und für 10 000 genossenschaftlich erbaute Wohnungen waren die Gelder hergegeben worden. Bis zum Beginn des Oktober 1905 hatte dieser Zweig der staatlichen Tätigkeit die Erbauung von rund 21 000 Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte zum Ergebnis gebracht. Inzwischen sind natürlich weitere Wohnungsbauten gefördert worden. Nachdem das neue Gesetz erlassen ist, können auch die in Aussicht gestellten Gelder bewilligt werden.

Gewisse Blätter machen von dieser staatlichen Wohnungsfürsorge ein großes Aufheben. Man konstruiert daraus einen Beweis, „wie trefflich der Staat für seine Arbeiter und kleinen Beamten sorgt“. Genau betrachtet, handelt es sich doch nur um eine relativ geringfügige Leistung. Und auch von dieser Leistung würde man wohl noch nicht reden können, wenn der Staat selbst nicht ein Interesse daran hätte, seine Arbeiter und kleinen Beamten in der Nähe seiner Betriebe anzusiedeln. Daraus ergeben sich für die, die diese „Wohltat“ genießen, nicht gerade die angenehmsten Verhältnisse. Vor allen Dingen sind sie an den staatlichen Betrieb stärker gebunden. Und umso bekennen sie die Wohnungen auch nicht. Vater Staat schenkt ihnen nichts. Die Fürsorge geht mit auf ihre Kosten.

Klerikale Sozialpolitik. Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Koblenz hat der Abgeordnete Giesberts eine Rede über die politische Lage gehalten. Bezuglich der Sozialreform meinte er: „Den angekündigten sozialpolitischen Gesetzen gegenüber wird das Zentrum, seiner Vergangenheit gemäß, auf dem Posten sein. Bei der Reform der Versicherungsgesetze werden die kleinen Leute aus dem Bauernstande den größten Schaden davon haben, wenn die 25prozentigen Unfallrenten beseitigt würden. Eine Rückwärtsrevidierung der Versicherungsgesetze darf es nicht geben. Wenn etwas geschieht, muß eine Verbesserung eintreten. Nach allen angedeuteten Richtungen hin werden wir den Blockleuten scharf auf die Finger sehen.“

Es ist ja recht anerkennenswert von Herrn Giesberts, daß er bezüglich der sozialpolitischen Gesetze auf dem Posten sein will. Aber da er gerade von der Beseitigung der 25prozentigen Unfallrenten spricht, so möchten wir ihm raten, bei dieser Gelegenheit nicht nur den Blockleuten, sondern auch den Zentrumsleuten recht scharf auf die Finger zu sehen. Denn die Personen, die in dieser Frage sich als die laustesten Schreier gebärdeten, sitzen nämlich in der Partei des Herrn Giesberts, im Zentrum.

Die Witwen- und Waisenversicherung. In der letzten Zeit sind, auch von bürgerlichen Blättern, starke Zweifel daran ausgesprochen worden, ob die Witwen- und Waisenversicherung überhaupt zur Einführung kommen werde. Diesen Zweifeln wollen die offiziösen Berliner Politischen Nachrichten mit folgenden Ausführungen begegnen:

„Es kann zwar niemand die Geschichte eines Gesetzentwurfs voraussehen; daß aber die verbündeten Regierungen einen solchen Entwurf vorlegen werden, daran ist nicht zu zweifeln. Die Vorarbeiten dazu sind schon bald nach dem Erlass des Zolltarifgesetzes am 25. Dezember 1902, in dem sich die bekannte Bestimmung über die Verwendung der Mehreinnahmen aus bestimmten landwirtschaftlichen Zöllen für diese Versicherungsart befindet, eingeleitet worden. In der Zwischenzeit sind sie beträchtlich gefördert worden. Nun bestimmt das Zolltarifgesetz, daß, wenn bis zum 1. Januar 1910 ein Gesetz über die Witwen- und Waisenversorgung nicht in Kraft getreten sein würde, die Zinsen der inzwischen angesammelten Mehreinnahmen sowie diese selbst den Invalidenversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vergangenen Jahre aufgebrachten Versicherungsbeiträge für Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten überwiesen werden sollten. Es würde also in dem bezeichneten Eventualfalle in das Belieben der Versicherungsanstalten gestellt sein, die Witwen- und Waisenversorgung auszubilden, wie sie beispielsweise bereits für die Seefahrer besteht. Es darf aber als gewiß angesehen werden, daß von der Regierung einer solchen Regelung der Frage eine durch Gesetz einheitlich und nach den Wünschen der Gesetzgebungskörper ausgestaltete Witwen- und Waisenversorgung vorgezogen wird. Wann nun der betreffende Ent-

wurf in legislatorische Behandlung genommen werden wird, ist noch nicht sicher. Man muß dabei einmal bedenken, daß die Wohlfahrt bestand, die Witwen- und Waisenversicherung gleichzeitig mit der Vereinheitlichung des gesamten staatlichen Arbeiterversicherungsgesetzes einzuführen, wie dies ja auch der Zweckmäßigkeit entspricht. Diese Vereinheitlichung aber hat außerordentlich umfangreiche Vorarbeiten nötig gehabt. Sodann ist zu erwägen, daß der nächste Tagungsabschnitt des Reichstags bereits mit einer Fülle von Beratungsmaterial belastet ist. Ob es nach den zahlreichen Vorlagen, die dem Reichstage noch aus dem letzten Tagungsabschnitt vorliegen, und neben denen, die vom Bundesrat bereits genehmigt sind und demnächst noch genehmigt werden, um dann dem Reichstage überreicht zu werden, tatsächlich angebracht sein wird, auch einen Gesetzentwurf von solcher Bedeutung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung noch einzubringen, wird abgewartet werden müssen. jedenfalls darf damit gerechnet werden, daß spätestens in der Reichstagssitzung 1908/09 der Entwurf über die Witwen- und Waisenversorgung vorgelegt werden wird. Dieses wäre der späteste Termin, wenn das neue Gesetz, wie es das Zolltarifgesetz verlangt, bis zum 1. Januar 1910 in Kraft gesetzt werden soll.“

Wahlrechtsfilberlinge für Arbeitererrat! In Dresden feierte der Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, der nach eigenem Eingeständnis früher einmal 150 Mitglieder zählte, seitdem aber etwas zurückgegangen ist, dieser Tage mit großem Lärm sein 25jähriges Bestehen. Zu dieser bei der „Größe“ und „Bedeutung“ des Vereinshaus gewiß welterstürzenden Begegnung hatten sich auch der Herr Kreishauptmann Rumpelt und der Herr Legationsrat v. Nostitz-Wallwitz (der konservative „Nebenregierungsrat“) sowie einige Professoren eingefunden. Nicht un interessant sind die Aufführungen, die der Kreishauptmann bei dieser Gelegenheit machte. Er führte unter anderem aus, Deutschland habe mehr als jeder andre Staat in sozialpolitischer Hinsicht getan. Die Fürsorge für die deutsche Arbeiterschaft müsse aber „noch mehr“ ausgestaltet werden. Nachdem er darauf hingewiesen, daß ein Vertreter der Hirsch-Dunkerschen in der Rechtsauskunftsstelle sitze (die nebenbei in Dresden gegründet worden ist als eine „Konkurrenz“-Institution gegenüber dem vom Gewerkschaftsamt vor einigen Jahren gegründeten Arbeiterschaftsrat der freien Gewerkschaften), kam er auf das Landtagswahlrecht zu sprechen. Er führte aus: „Die sächsische Staatsregierung habe Proportionalwahlen für den Landtag geplant, die es den Gewerkschaften ermöglichen sollen, ihre Vertreter auch in den Landtag zu schicken.“

Das ist ja sehr nett: Also aus dem Grunde, um den Hirsch eine Vertretung im Landtag zu „sichern“, ist das Proportionalwahlrecht in dieser Form im Hohenstaufen Wahlrechtsentwurf vorgesehen! Das sieht der sächsische Regierung mal wieder so recht ähnlich; die paar Hirsch und andere Aucharbeiter, die man als Neonomierarbeiter gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften braucht, werden gebüßt und hofiert; die moderne Arbeiterbewegung, die die Hunderttausende von Arbeitern hinter sich hat, wird brüskiert und schikaniert. Das nennt man dann sächsische Staatskunst!

Uebrigens würden sich die gesamten Aucharbeiter wohl die Pfoten lecken können: Ein Mandat würden sie, wenn das Hohenstaufen Gesetz werden sollte, schwerlich bekommen, dazu haben sie denn doch zu wenig Boden in Sachsen gefunden.

Die Arbeiter und die Wissenschaft. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt:

„Die starke Entwicklung der Gewerkschaften, besonders in den Großstädten, schafft ihnen die Voraussetzung, nicht bloß regelnd in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, sondern ihr Wirken auch in höherem Maße der geistigen Erhebung der Arbeiterschaft zuzuwenden. Die Errichtung von Bildungsschulen, Bildungsausschüssen, die Unterrichts- und Vortragskurse, Kunstabende, volkstümliche Konzerte und Theatervorstellungen veranstalten, legt davon ein gutes Zeugnis ab. Es kann daher nicht wundernehmen, daß auch die Leiter wissenschaftlicher und künstlerischer Institute immer mehr ihr Augenmerk auf die organisierte Arbeiterschaft richten und den Gewerkschaften ein größeres Entgegenkommen zeigen. In welchem Maße die Arbeiterschaft für die Erhaltung wissenschaftlicher Institute wirken kann, beweist ein Beschuß der Berliner Gewerkschaftskommission für den Umbau der Treptower Sternwarte, der 270 000 Mk. erfordert, einen Beitrag von 80 000 Mk. durch feste Uebernahme von 100 000 Eintrittssachen zur Verfügung zu stellen. Die Direktion der Sternwarte wird dafür außerdem für unentgeltliche Lichtbildervorträge in größeren Sälen sorgen. Die Berliner Gewerkschaften haben damit ein wirkliches Rettungswerk getan, denn die unschätzbaren Einrichtungen und Sammlungen der Sternwarte, die zurzeit in einer elenden Bude untergebracht sind, standen in Gefahr, durch Witterungsunbillen zerstört zu werden. Sie haben damit zugleich die noch während der jüngsten Reichstagswahlen vom Reichslügenverband verbreitete Legende zerstört, daß die Sozialdemokratie die Kultur vernichte . . .“

Ein Berliner bürgerliches Montagsblatt bemerkt hierzu: Die Redaktion des Korrespondenzblattes hat vollkommen recht. Sie gibt sich aber einer Läufschung hin, wenn sie annimmt, daß staatserhaltende Legenden so leicht zu zerstören seien. Der Reichslügenverband kümmert sich den Teufel um alle tatsächlichen Widerlegungen seiner gewissenlosen Behauptungen, und er hat dies auch nicht nötig, da er hauptsächlich auf die Dummheit derjenigen spekuliert, welche die verlogene Block- und Umtypresse lesen und selbst faulstidige Lügen glatt hinunterwürgen. Er braucht auch nicht zu befürchten, daß die Machthaber von heute sich seiner erbärmlichen Kampfesmethode schämen. Ihnen ist alles recht, was irgendwelchen Erfolg verspricht. Der schlechte Zweck heiligt in ihren Augen selbst die nichtswürdigsten Mittel.

christlichen Verbandes hier in Westfalen sei der Terrorismus der freien Verbändler schuld. Dass Herr Röös diese Behauptung in gutem Glauben ausgeprochen hat, ist ausgeschlossen. Gerade er weiß ganz genau, daß nicht die Christlichen unter dem Terrorismus der Freien leiden, sondern daß gerade das Umgekehrte der Fall ist. Wie müssen sich unsere Mitglieder auf den Dörfern, wo die Christlichen die erste Geige spielen, in acht nehmen. Keine Wohnung, kein Hofhaus behalten sie, sobald man erfährt, daß sie im freien Verbande sind. Die Bajoren, wir erinnern nur an Dünné, bearbeiten sie, um sie dem freien Verbande abspenstig zu machen. Kriegervereine, Behörden, wir erinnern nur an den Amtmann von Enger, alles terrorisiert, und die Christlichen haben gegen diesen Terrorismus zu ihren Gunsten nichts einzubinden. Herr Röös sucht aber gewiß keinen hinter dem Ofen, wenn er nicht schon selbst dahinter gesessen hat. Es sind einige Jahre her, da wurde in Orsoi, dem früheren Schauplatz von Röös' Tätigkeit, den freiorganisierten Tabakarbeitern das Lokal durch die edlen Christen abgetrieben. Als nun die Freien ein andres Lokal erhielten, und die erste Mitgliederversammlung darin stattfand, formierten sich die Christen zu einem Zug, und Rööschen, der nebenbei auch noch Musifant ist, nahm eine Trompete zur Hand, stellte sich an die Spitze seiner schwarzen Schar, marschierte zum Verbandslokal der Freien und drang unter Tüten und Blasen in das Versammlungszimmer ein, um die Versammlung der Freien zu sprengen. Doch hier wurden die tapferen Helden in Christo schnell an die Luft gesetzt. In ihrem Anger überfielen sie dann abends den zweiten Bevollmächtigten der Freien, dem sie aufsauerten, und verprügeln den einzelnen Mann. Bei der polizeilichen Vernehmung erklärte dann der Bürgermeister: „Die Freien haben sich anständig benommen, ihr Christlichen habt euch aber betrügen wie die Schweine. Ihr solltet euch schämen.“ Derselbe Herr Röös kommt jetzt nach Westfalen und mag es, seinen Gegnern Terrorismus vorzuwerfen!! Oh er sich die Trompete von damals nach hier mitgebracht hat? Gewiß, der gleichen Olympia wird er hier nicht treiben können, dazu sind die westfälischen Bigarrer nicht mehr zu gebrauchen. Wüßte Röös aber auch nur einen einzigen Fall von Terrorismus der Freien zu nennen, welch ein Geschrei würde er erheben!! Da kennen wir den Mann doch zu gut. Röös war darob zum Hadi gelaufen und hatte wegen der Behauptung, daß er an der Spitze gestanden und daß die Christen den zweiten Bevollmächtigten des freien Tabakarbeiterverbandes verprügelt haben sollten, Klage gegen unsern verantwortlichen Redakteur Max Sachs erhoben. Am vorigen Mittwoch wurde die Sache vor dem Schöffengericht Herford verhandelt. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde ein vom Vorsitzenden vorgeschlagener Vergleich von Herrn Röös abgelehnt. Sachs bestritt zunächst, daß die zweite unter Anklage gestellte Behauptung auf Herrn Röös Bezug gehabt habe. Das Gericht entschied, daß man nach dem Wortlaut des Artikels annehmen müsse, daß auch der zweite Punkt auf Röös Bezug nehme. Sachs erklärte nun mehr, den Beweis der Wahrheit antreten zu wollen. Zeuge van Leien, der damals verprügelt, 35 Jahre alt, katholisch, sagt folgendes aus: Die Mitglieder des freien Verbandes hatten mit Mühe ein Lokal bekommen. Wir hielten eine Versammlung ab, als die Christlichen in das Lokal eindrangen. Beim Eintragen wurde auf einem Horn geblasen. Als ihnen eröffnet wurde, daß ihr Verweilen mit Rücksicht auf das Tuten nicht geduldet werden könne, habe man Hilger ins Gesicht geschlagen. Hilger gehört zum freien Verbande. Hierauf wurden die Eindringlinge hinausgeworfen. Zwei Tabakarbeiter, Schneider und Netter kam dann gegen 7 Uhr, ich weiß nicht ob allein, nach meinem Hause und riefen: „Roter Schweinhund, wenn Sie was wollen, dann kommen Sie heraus.“ Ich ging hinaus, wurde gefaßt und in die Gosse geworfen. Röös spielte eine große Rolle im christlichen Verbande. Hierauf versuchte der Vorsitzende einen Vergleich, da ein Beweis der Wahrheit auf die Sache da sei. Der Verlust scheiterte. Zweitens Zeuge ist Reising aus Orsoi, 27 Jahre alt. Wir hatten eine Versammlung und hörten plötzlich großen Lärm auf einem Blasinstrument. 5–6 Männer darunter der christliche Vorsitzende Hahn, waren in der Wirtschaft. Röös und sein Vater waren mit dabei. Ich kam zu dem Schluß, daß dieselben stören wollten. Der Grund zu diesem Schluß liegt darin, daß einer davon sagte: „Sie wären gereizt worden.“ Hahn schimpfte und es wurde geschlagen. Wer zuerst geschlagen hat, kann ich nicht sagen. Röös wurde von seinem Vater und seiner Mutter hinausgezogen, wogegen er sich sträubte. Röös erklärt hierauf, daß Vorgesetzte seiner Kollegen damals verurteilt zu haben. Der Richter rät hierauf Herrn Röös zu einem Vergleich, da es sich doch bei dem ganzen Prozeß nicht um die Person, sondern um die Sache handle. Die Volksmacht habe beneijen wollen, daß Terrorismus von den Christlichen in Orsoi verübt worden sei. Der Vertreter des Herrn Röös erklärt, auf die Beklumungen der Zeugen nicht vorbereitet zu sein und gibt neue Zeugen an. Wegen des Terrorismus wolle er alle beteiligten Mitglieder des christlichen Verbandes von Orsoi heranziehen. Zugleich beantragte er die Verlängerung, weil Tatsachen befunden werden seien, die ihm nicht vorher bekannt waren, außerdem verlangte er die Ladung einer Reihe neuer Zeugen. Da es dem Beklagten nur darauf ankam, zu beweisen, daß Röös, als der Lärm verübt wurde, im Lokal anwesend war und daß von christlicher Seite Terrorismus verübt wurden, die Beweisaufnahme aber nicht ergeben habe, daß er persönlich Radau gemacht hat, so kam auf Burenden des Richters ein Vergleich zustande, der in der Volksmacht und im Tabakarbeiter veröffentlich wird. Der Vergleich lautet: Ich gebe zu, daß ich dem Verbandssekretär Fritz Röös nicht nachweisen kann, daß er persönlich an allen des Terrorismus, die etwa von Angehörigen des christlichen Verbandes im Jahre 1900 in Orsoi verübt worden sind, beteiligt gewesen ist.

Herzberg a. E. Als eine Schweregeburt scheint die neue Zigarettenfabrik das Licht der Welt erbliden zu sollen. Bereits am 1. Oktober sollte der Betrieb eröffnet werden, heute soll es ebenfalls noch und man weiß immer noch nicht, wann es endlich geschehen wird. Die Schulden an der Verzögerung soll daran liegen, daß sich nicht genügend weibliche Arbeitskräfte gefunden haben. Der oder die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Arbeiterinnen heranzulösen. Es wird vorgerechnet, daß eine Arbeiterin im Afford bis zu 15 Mark verdienen kann. Wie die Lokalpresse zu berichten weiß, liegen zu Weihnacht starke Aufträge vor. Wer es nicht glaubt, läßt es bleiben. Ob man aber trotz aller Anpreisungen und Aufforderungen die fehlenden Kräfte heranbringen wird, ist noch mehr als zweifelhaft.

Kirchheim. Am 6. Oktober fand hier im Pfälzer Hof die allmonatliche Mitgliederversammlung statt, die schlecht besucht war. Tagesordnung: 1. Wahl eines dritten Bevollmächtigten; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Anschluß an das Gewerkschaftsamt Heidelberg; 4. Verschiedenes. Zum dritten Bevollmächtigten wurde Kollege Karl Stoll einstimmig gewählt. Kollege Schleifer verlas die Abrechnung, die von den Reisenden geprüft und für richtig befunden wurde. Der Anschluß an das Gewerkschaftsamt wurde von den Mitgliedern begrüßt und einstimmig angenommen. Zur Besteitung der entstehenden Kosten für das Gewerkschaftsamt wurde beschlossen, einen monatlichen Extrabeitrag zu erheben, der für männliche Mitglieder 10 Pf. beträgt, für weibliche 5 Pf. Als Delegierter wurde gewählt der erste Bevollmächtigte Butler, der für jede Sitzung eine Entschädigung von 75 Pf. erhält. Zum 4. Punkt stellte Kollege Schleifer einen Antrag, zur Förderung der Agitation eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung abzuhalten, zu welcher sämtliche Gewerkschaften Kirchheims eingeladen werden sollen; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Hoch bedauerte, daß die Mitglieder Kirchheims so wenig Interesse an der guten Sache haben und die Versammlungen so schlecht besuchen, wohingegen die Mitglieder von Saalhausen das schlech-

Berichte.

Herford. Die Bielefelder Volkswacht schreibt: Der beleidigte Herr Röös. In der Nr. 111 vom 15. Mai brachten wir folgenden Artikel: Herford, 12. Mai. Herr Röös, der christliche Sekretär des christlichen Tabakarbeiterverbandes, hat auf einer Konferenz in Herford erklärt, an der schlechten Entwicklung des

testen Wetter nicht scheuen und in den Versammlungen vollständig erscheinen.

Oberhausen. In der hiesigen Zigarrenfabrik B. Albrecht waren Differenzen ausgebrochen. Die Kommission der Arbeiter bahnte verschiedene Unterhandlungen mit dem Fabrikanten an, die jedesmal scheiterten an der Hartnäigkeit des Fabrikanten. So auch die letzte Unterhandlung. Am Mittwoch, 9. Oktober, erklärte der Fabrikant B. Albrecht, wer nicht einverstanden sei, könne sich um andre Arbeit umsehen. Die Kommission machte ihren Kollegen hier von Mitteilung. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit den neuen Vorschriften des Fabrikanten nicht einverstanden und legten am Donnerstag die Arbeit nieder. Der Meister genannter Fabrik, der zwei Jahre im Betriebe angestellt ist, erklärte bei seinem Eintritt den Arbeitern gegenüber: Wenn ich erst drei Monate da bin, dann wird der Verband hier nicht mehr sein, den kriege ich schon kaput! Jetzt aber ist der Meister schon zwei Jahre im Betriebe und eine Zahlstelle der Tabakarbeiter Deutschlands besteht in Oberhausen noch immer. Am vergangenen Sonnabend machte der Meister gegenüber dem Lehrmädchen folgende Neuflugung: Wenn die Zigarrenmacher erst kein Geld mehr haben, dann kommen sie schon und fragen nach Arbeit. Jetzt scheint der Meister vergessen zu haben, daß die Tabakarbeiter Oberhausens organisiert sind im Deutschen Tabakarbeiterverband, von dem sie Unterstützung beziehen, womit sie eine Zeitlang auskommen und nicht um Arbeit betteln brauchen.

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dieckmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Versendungen nur an W. Nieder-Wolland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Scheel-Pleskenstr. 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Herm. Linnenbröcker aus Vlotho, eingetragen am 15. 9. 07, S. I, Nr. 86423, Kl. III, ist von Lübeck, ohne sich abgemeldet zu haben, abgereist. Linnenbröcker muß 1.— Mr. Strafe zahlen.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Altlußheim: Heinr. Jung als 1. Bev., Matthias Brückelmeier als 2. Bev., Jakob Huber als 3. Bev.; Georg Bühler, Eva Schwechheimer als Kontrolleure.

Für Barntrup: Gerhard Dieckmann als 2. Bev. — An diesen sind alle Zuschriften zu senden.

Für Halberstadt: Karl Ullrich als 1. Bev.

Für Hamburg: W. Sander als 1. Bev., L. Ruhleder als 3. Bev.; F. Ausborn, Th. Horn als Kontrolleure.

Vom 4. bis 12. Oktober 1907 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	M. &	M. &
1. Oktober.		
Frankfurt a. M.	9.50	8. Oktober.
Emmerich	200.—	Cronenwitz
Brandenburg	150.—	250.—
Bernburg	23.50	Minden i. W.
Öttenien	600.—	St. Ludwig
Brenzlau	200.—	53.26
Varel	30.—	Kahla
Barmbeck	482.50	58.—
Lemgo	99.—	Kleinhausen
Seesen	40.—	90.—
Birna	100.—	Scharmbach
Hodenheim	12.30	23.80
Rintheim	11.80	Fügönheim
Doppeln	10.—	15.60
Bischöfswerda	15.—	Halberstadt
Neulußheim	51.20	196.90
Seiffenheimsdorf	136.80	9. Stötteritz
Liebschwitz	135.70	94.10
Brieg	36.—	Driesen
Östersheim	25.80	5.90
Öblau	186.20	9. Lübeck
Lübeck	9.—	253.38
Dederan	16.80	9. Rößwein
Daegersheim	80.—	100.—
Schkeuditz	50.70	9. Hafeloh
Hesserode	140.—	20.—
Genthin	1.80	62.14
Leimn	104.—	Burgsteinfurt
		10. Schutterwald
		150.—
		10. Bremen II
		150.—
		10. Burgdamm
		45.—
		10. Rheda
		127.83
		10. Vorsch
		200.—
		10. Hannover
		90.—
		10. Ladenburg
		10. Mannheim
		10. Offenburg
		28.70
		10. Schwertn
		165.50
		11. Dahme
		70.40
		11. Goslar
		16.60
		11. Langendreer
		3.30

B. Freiwillige Beiträge:

	1.—	1.—
7. Lemgo, durch Ernst Weinert		
8. Schwedt a. O., durch A. Wahlströme	42.65	
9. Altona a. E., R. Hackelberg	360.—	
10. Altenheim, durch P. Haberer	3.—	
10. Meisenheim, durch P. Haberer	2.20	
10. Klein-Auheim, durch Simon, vom Kartell	10.—	
10. Klein-Auheim, durch Simon, vom Soz. Verein	25.—	

C. Für Annoncen:

	1.25
Berichtigung: In Nr. 40 des Tabakarbeiter muß es heißen Verbands- und Extrabeiträge sandten ein:	
Wiesek, durch Schnell	533.70
Wizmar	59.05
Kroisdorf	110.—
Altenbusch, durch "Schnell"	18.30
Heuchelheim,	199.50
Steinberg,	27.10
Beßberg,	8.—
Launsbach,	80.—
Groß-Linden,	47.—
Garbenteich	41.50
Lollar	27.80
Gießen	70.—

In Nr. 41 ist die unter Mühlhausen quittierte Summe Extrabeitrag.

Der Beschluss der Generalversammlung, die freiwilligen Gelde zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erüche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 12. Oktober 1907. W. Nieder-Wolland, Kassierer.

Die Bevollmächtigten werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß die Einnahmen für Extra-Marken in den Quartalsabrechnungen als Einnahme, und die eingesandten Gelder

für Extra-Marken gleichfalls als an den Vorstand gesandt in die Ausgabe einzustellen sind. Es ist dieses aus alle Fälle zu berücksichtigen, damit keine Irrtümer entstehen. Gleichzeitig machen wir daraus aufmerksam, daß nur die Gelder in die Abrechnung eingestellt werden dürfen, welche im Laufe des Quartals an uns eingesandt werden. Also für das 3. Quartal vom 1. Juli bis 30. September.

Laut Beschluss des Vorstandes werden vom 1. Januar 1907 ab alljährlich die Zahlstellen bekannt gegeben, welche Wertzeichen erhalten und ersuchen wir die Bevollmächtigten, dies zu beachten, und sind etwaige Reklamationen sofort zu machen, andernfalls das hier notierte als erhalten angesehen wird.

Es erhielten vom 7. 10. bis 12. 10. 07 folgende Zahlstellen

Wertzeichen:

7. 10. 07. Klein-Auheim. Marken Kl. I 400.

Bassum. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 50 a 30 Pf.

Klein-Krohnburg. Marken Kl. I 400, Kl. III 800. Extra-Marken 100 a 30 Pf.

Trebbin. Marken Kl. I 1200.

Burgen. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. IV 100. Extra-Marken 20 a 20, 50 a 30 Pf.

Rawitsch. Marken Kl. II 400, Kl. V 400. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Pegau. Marken Kl. V 100.

Hanau. Marken Kl. II 400.

Goldberg. Marken Kl. I 800, Kl. II 400, Kl. V 100. Extra-Marken 100 a 30 Pf.

Freiberg i. Sa. Marken Kl. I 800, Kl. II 800, Kl. III 400, Kl. IV 400, Kl. V 400.

Braunschweig. Marken Kl. I 400, Kl. II 800, Kl. III 400, Kl. IV 800, Kl. V 400, Kl. VII 400.

Bredstedt. Marken Kl. III 200.

Bürgelburg. Marken Kl. I 200, Kl. II 200, Kl. III 400, Kl. V 100, Kl. VII 200. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Achim. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 800, Kl. IV 400, Kl. VI 100, Kl. VII 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Burg. Marken Kl. II 200, Kl. V 100.

Groß-Rhüden. Marken Kl. I 100, Kl. III 400.

Bernigerode. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 200, Kl. IV 400, Kl. V 400.

Wittenberg. Marken Kl. I 200, Kl. II 200, Kl. III 200, Kl. VII 200. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Selina-Böhme aus Jauer, Emma Winkler aus Pilgramshain, Emma Rabe, Martha Kunz, Hedwig Geppert aus Striegau. (302)

Heinrich Heuer aus Winsen a. S. (376)

Christiane Luhn, Margaret Rathgeber, Katharine Rathgeber, Margarete Arnold, Martha Luhn, Auguste Kühn, Katharine Meier, Justine Heß, Martha Becker, Martha Mengis, Pauline Becker, Marie Schwarz aus Schnellmannshausen. (?)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Gerdauen. Marken Kl. III 400. Extra-Marken 50 a 30 Pf.

Hochdorf. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 50 a 30 Pf.

Einsbeck. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 20 a 20 Pf.

Lübben. Marken Kl. I 100, Kl. VI 100, Kl. VII 100. Extra-Marken 100 a 30 Pf.

Höneburg. Marken Kl. III 100, Kl. IV 100.

Heuchelheim. Marken Kl. I 1600, Kl. II 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Minden i. W. Marken Kl. I 2000, Kl. II 200, Kl. III 2800, Kl. IV 800, Kl. V 400, Kl. VII 100. Extra-Marken 200 a 20, 1200 a 30 Pf.

Grenzburg. Marken Kl. I 400.

Ilsenburg. Marken Kl. III 400. Extra-Marken 50 a 30 Pf.

Ilmenau. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Itzehoe. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Itzehoe. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Itzehoe. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Itzehoe. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III 100. Extra-Marken 200 a 30 Pf.

Itzehoe. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. III

Kranke und Schwache

trinken sich gesund durch eisenreiches Wasser aus dem Lambschelder Stahlbrunnen, denn dieser altbewährte Heilquell bringt Eisen ins Blut.

Tausende wurden gesund.

Man lese, was Geheilte dankbar und freudig bezeugen:

"Ich bin 1½ Jahr sehr stark gewesen. Die viele Arznei, die ich eingenommen habe, ist stets ohne Erfolg geblieben. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuholverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwüre in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch wie schnell kam meine Gesundheit wieder." — "Ich bin entzückt über den raschen, ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten, alle lästigen Magenbeschwerden sind verschwunden, und die alte Tatkräft lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab." — "Der Lambschelder Stahlbrunnen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben." — "Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da." usw. usw.

Derartige Dankesreden infolge glänzender Heilerfolge bei Blutarmut, Bleichsucht, verl. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, nach erschöpfenden Krankheiten, Operationen, Blutverlusten usw. sind der beste Beweis für die vortrefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Erntekuren im Hause ohne Berufsstörung. — Auskunft über weitere Heilerfolge, ärztl. Gutachten, Gebrauch der Kur usw. kostenlos durch Lambschelder Stahlbrunnen in Düsseldorf. O. 99.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946.

Neustadtwall 36.

Fernsprecher 3946.

Von neuen Einsäufen empfiehlt sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg. — **Sumatra-Decker**, hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 220, 250 bis 500 Pfg. — **Vorstenland-Decker**, hellbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schwarz, 180 Pfg. — **Java-Decker**, dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 180 Pfg.; Umblatt und Einlage, sehr zartblättrig, feinst Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — **Mexiko-Decker**, dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — **Brasil-Decker** 130, 160, 170 Pfg., brennt schneeweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — **Havanna** 150, 250 Pfg. — **Yara-Cuba** 200 Pfg. — **Domingo** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Carmen** 85, 100, 110 Pfg. — **Losgut** aus nur überreifen Originaltabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — **Paraguay** 85 und 100 Pfg.

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, für 10—12 Formen, pro Stück 6,50 Mf.

Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.

Zigarrenband, feinste, gelbe Halbfalte, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.**

Roh-Tabak!

Trotz hohen Marktes offeriere sämtliche Sorten zu billigen Preisen **Sumatra**, 1. L. Stückblatt, hell, zartbl., schneew. Brand & 320 Pfg. **Vorstenland**, 2. L. Vollbl., zart wie Sumatra . . . à 300 " **Vorstenland**, 2. L. Vollbl., mittels, j. blatt, ff. Qual. à 210 " **Mexiko S. Andres**, graufarbig und dunkel 200 300 400 " **Java-Umblatt** mit Einlage, sehr blättrig, flotter Brand 105 "

Alle anderen Sorten billigst.

Preise per Pfund verzollt. — Postkalki per Nachnahme.

Bei Beträgen über 25 Mark wird Porto nicht berechnet.

Ziel nach Uebereinkunft.

Leo M. Lippstadt, Hamburg 36
Große Bäderstraße 14.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kaufst man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.
Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort.

Rohtabake zu billigen Preisen, als Sumatra 1.70, 2.50, 2.80, 3.00, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60. — Java 0.92, 0.95, 0.98, 1.00, 1.15, 1.25, 1.40, 1.46. — Vorstenland-Decke 2.50. — Domingo u. Carmen 1.00, 1.05, 1.10, 1.20, 1.30. — Mexiko 2.50, 3.00, 3.50. — Havanna 3.60. — Felix 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.40. — Geschwittene mollige Einlage 1.05, Decke 1.80. — Losgut 0.90. — Uckermärker 0.70 und 0.75. — Pfälzer 0.80. — Holländer-Umblatt 0.84 M.

Discount gewährt 3 Prozent; bei Beträgen über 25 M wird Porto nicht berechnet. — Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg (vorm. F.W. Helmecke).

Altestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Java-Umblatt und Einlage

in blättriger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker**, **Carmen**- und **Domingo-Umblatt**, wie bestes, loses Gut, aus nur gesunden, überseelischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Reise jr., Bremen.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstrasse 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstrasse 14.

Java-Sumatra-Decken

mit schönen hellbraunen Farben und
gutem Brande

Nr. 5966 à 2.80 pr. Pf.
Nr. 5967 à 2.50 verzollt.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 500, 550, 600, fahl u. mittel 200, 225, 275, 300, 350, 425 d. dunkel 200, 275, 300, 350 d. Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 d. Java 90, 95, 100, 105, 110, 115, 135, 140 d. Brasil 105, 115, 125, 130, 135, 150, 200 d. Carmen, Domingo 95, 100, 115, 120, 130 d. Cuba 150, 350 d. — **Havanna** 300, 350 d. Mexiko-Decke ff. 300, 450 d. Pa. Losgut 85 d netto, Paraguay 90 d. Inländische Tabake 75, 85 d.

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.

Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 M., mit Rad 19 M., ganz Eisen 26 M. Presskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 M., zu 1000 Zigarren nur 5.75 M. Rollbretter 175, 200 d, Hirnböla 300, 350 d. Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 M. Arbeitsmesser 20 u. 30 d, 35 d Hamburger. Lack 25 d und 30 d, 8 Stangen. Papier, blau, 41 Bogen pro Pfund, 20 d. Band 50 Meter von 70 d an. Ringe ff. nur 20, 25 d, mit Porträt 45 d. Etiketten von 40 d pro 100 Stück an. Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 d pr. Pf. Amia 200 und 250 d pro Pfund.

Gebrauchte Arbeitsstähle, Pressen, Rahmen, Schrägen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vetreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.

Gegründet 1879.

Decke, Vollblatt, 2. Länge
hell, schneeweißer Brand
nur 210 Pfg. verzollt.
do. hochfein, nur 250 Pfg.
Sämtl. Utensilien, gebr. Formen.
Illustr. Katalog gratis u. franco.

Teilzahlung
Vom. Güter, Güter, Güter usw.
Ihren, Ihren, Ihren, Güter usw.
Liliengasse 16 Dresden Liliengasse 16
P. S. Zahlung gesucht.

Geräte für die Fabrikation

als:
Büdelformen, Formenpressen
Röhrenpressen
Arbeitsstähle, Schmelz, Sortier-
tischen, Sichtläden für Büdelmacher
Bündelpressen usw.

Rollbretter, Ia. Ware.
rotbuchen 1.50 M., weißbuchen 2 M.
unvermischlich!

Echt amerik. Kopfhölz-

Bretter mit Eisenholzen

= Unerreicht in Haltbarkeit! =

per Stück 5.50 M., 10 Stück 53 M.

Arbeitsmesser, prima Stahl

per Stück 25 d, 10 Stück 2 M.

Hamburg.Arbeitsmesser

zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 M.

zu 3 Mille 55 M.

P. S. Sämtliche Geräte sind nur

aus bestem Material hergestellt,

worauf ich ganz besonders auf-

merksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin

Magazinstrasse 14.

Der Teufelsglaube.

Preis 60 Pfg.

Vollbüchhandlung Leipzig.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und radikale Heilung von Spezialarzt Dr. med. Rumler. Preisgekröntes, nach neuen Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. Wirklich brauchbarer, äußerst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruiner Leidenschaften und Exzesse und allen sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach fachmännischen Urteilen von geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen! Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von Dr. med. Rumler, Genf 882 (Schweiz).

Die besten Zigarrentrockenöfen

für Gas- und Grudekoksheizung, überall aufstellbar
baut als Spezialität

Carl Osterloh, Maschinenfabrik, Lübeck I.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Sumatra-Decker à 500, 865, 300, 250, 240, 220, 200, 175, 150 Pfg., Stückblatt 200 Pfg. — **Vorstenland-Decker** à 265, 185 Pfg., Umblatt à 180, 125, 110 Pfg., Einlage à 95, 85 Pfg. — **Brasil-Decker** à 200, 175 Pfg., Mitarbeiter à 125, 120, 115 Pfg., Einlage à 100 Pfg., lose Blätter 100, 90 Pfg. — **Carmen-Umblatt** à 110, 100 Pfg. — **Mexiko-Umblatt** à 110, 100 Pfg. — **Domingo-Umblatt** à 1000 Pfg., Einlage 275, 160 Pfg. — **Havanna-Decker** bis 1000 Pfg., Einlage 275, 160 Pfg. — **Yara-Cuba** à 200 Pfg. — **Losgut** à 85, 80 Pfg.

Preise verzollt. **Versand unter Nachnahme.**

Gehört die Zukunft dem Sozialismus?

Von J. M. Berger. Preis geh. 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Carl Roland, Berlin SO.

Ratgeber f. Arbeiter

Geb. 1.25 Mf. Volksbuchhdl. Leipzig.

Nottbuscher Straße 4. Gegründet 1871.

Richard Karmaschek, um Ihre Adresse bitte Aug. Schäfer, Zwickau.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher

Fritz Fickert aus Breslau

befindet, werden gebeten, mir seine Adresse mitzuteilen. Porto wird vergütet. B. Schellack, Lübben N.-L., Judengasse 10.

Vergessen Sie es nicht!

Lehmann & Assmy</

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 42.

Sonntag, den 20. Oktober

1907

13. Generalversammlung

des

Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Bielefeld, 14. Oktober.

Gauleiter Schüller-Bielefeld eröffnet und begrüßt die Generalversammlung und betont, daß die Arbeiterbewegung im östlichen Westfalen, „der preußischen Vendée“, einen namhaften Aufschwung genommen habe. Bielefeld sei die Zentrale der Bewegung, hier haben die Gewerkschaften, speziell die Metallarbeiter, große Erfolge in der Organisierung der Arbeiter zu verzeichnen. Aber auch die zahlreiche Tabakarbeiterchaft Westfalens rafft sich auf. In den letzten Jahren hat unser Verband gute Erfolge, die Kollegen haben sich in größerer Zahl dem Verband angeschlossen. Schon in den sechziger Jahren hat eine Generalversammlung der Tabakarbeiterorganisation unter dem Präsidium Fritzsches stattgefunden. Inzwischen ist eine starke Verschiebung und Veränderung der Tabakindustrie eingetreten, die der Organisierung der Arbeiter nicht förderlich war. Neuerdings sind die Schwierigkeiten überwunden, der Geist der westfälischen Arbeiter ist erfüllt worden mit dem Geist der modernen Arbeiterbewegung und besonders die Kämpfe gegen die Belastung der Tabakindustrie durch neue Steuern und Tabaksteuerprojekte haben die Tabakarbeiter aufgerüttelt. Nun sei zu hoffen, daß die dem Verband gewonnenen Arbeiter dem Verband treu bleiben werden, denn was der westfälische Arbeiter einmal erfaßt habe, das halte er fest. Er, Redner, hoffe, daß den Delegierten der Bielefelder Generalversammlung die Genugtuung werde, dem Verband durch ihre Tätigkeit große Vorteile und stetigen Bestand gegeben zu haben. Im Auftrage des Lokalkomitees heißt er die Generalversammlung herzlich willkommen!

Als Alterspräsident leitet darauf der Kollege Neimier die Wahl des Büros. Gewählt werden Börner-Berlin und Osterstag-Altona als Vorsitzende, als Schriftführer die Kollegen Schmidt-Dresden, Struken-Ottensen, Klein-Köln, Keller-Freiberg.

Darauf folgt die Wahl einer Wahlprüfungs- und Revisionskommission, sowie die Beratung der Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende Börner erinnert an den Verlust, den der Verband durch den Tod des Genossen Meister erlitten hat. Redner hebt die Verdienste Meisters um die Arbeiterbewegung hervor und ersucht die Versammlung, sich zu Ehren Meisters, sowie anderer tätiger verstorbenen Verbandsgenossen von den Söhnen zu ehren. (Dies geschieht.)

Der Wahlprüfungscommission gehören an Bogarell-Dresden, Naundorf-Frankenberg, Baum-Pirna, Metzger-Speyer, Grothe-Hannover; der Revisions- und Beschwerdekommission: Nepp-Ottensen, Müller-Berlin, Langner-Ohlau, Neddermeier-Gera, Kläke-Braunschweig.

Von der Dresdner Lokalorganisation sind drei Kollegen als Gäste anwesend, von der Sortiererorganisation der Vorsitzende, Kollege Arnhold.

Über den Antrag, den „Dresdner Konflikt“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird länger debattiert. Es wird beschlossen, eine besondere, aus sieben Personen bestehende Kommission zu wählen, die die Dresdner Angelegenheit untersucht und Bericht erstattet. Gewählt werden hierzu die Kollegen Salzwedel, Sanders, Wenzel, Vogtländer, Vönsch, Durban und Gräßner.

Die Tagesordnung wird darauf endgültig wie folgt festgestellt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses. Referent: Die Kollegen C. Deichmann und Emil Gilsen.

2. Die Taktik bei Lohnbewegungen. Referent: Kollege Hugo Eberle.

3. Der Heimarbeiterschutz in der deutschen Tabakindustrie. Referent: Kollege Fritz Geher.

4. Beratung aller auf Statutenänderung vorliegenden Anträge.

5. Beratung sonstiger Anträge. (Hierzu wird beschlossen, „die Differenzen mit der Tabakarbeitergenossenschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen.)

6. Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet zunächst der Vorsitzende des Vorstandes, Kollege Deichmann, Bericht. Wir haben daraus das Nachstehende hervor: Im Jahre 1906 haben die Luxemburger Kollegen beschlossen, sich unserm Verbande anzuschließen. Der Anschluß ist erfolgt am 1. Oktober 1906 nach den Vorschriften eines besonderen Vertrages. Der Übertritt unterliegt der Genehmigung der Generalversammlung. Bei der Einverleibung mußte Rücksicht genommen werden auf die Eigenheiten, die bezüglich der Arbeitslosenunterstützung in Luxemburg bestehen. In der Leipziger Generalversammlung 1905 wurde beschlossen, eine besondere Revision der Dresdner Kassenverhältnisse vorzunehmen. Bei der Revision wurden die dortigen Kassenverhältnisse verwahrlost vorgefunden, so daß Genaueres nicht festgestellt werden konnte. Eine ungenaue Mitteilung eines von den Dresden Kollegen soeben verteilten Berichts stellt Redner richtig. Einigungsverschläge wurden aus Dresden und Umgegend gemacht; sie konnten in der gedruckten Vorlage nicht aufgenommen werden, weil sie zu spät kamen. Redner verliest daher die Vorschläge und kommentiert sie kurz. Vorstand und Ausschuß haben einstimmig beschlossen, die Vorschlagspunkte bis auf den zu akzeptieren, der die Aufnahme des ehemaligen Mitgliedes Uhlig verlangt. Einstimmig haben Vorstand und Ausschuß die Aufnahme Uhligs, der sich Unredlichkeiten gegenüber dem Verbande habe zuschulden kommen lassen, abgelehnt. Die Kommission werde nun zu entscheiden haben. Nichts habe befürchteter auf den Verband gewirkt, als das neu geschaffene Gauleitersystem. Die Agitationen haben sich allerdings mit dieser Neuerichtung erhöht. Aber es ist notwendig, mehr Aufklärung unter die Tabakarbeiterchaft zu tragen, dazu bedurfte es reichlicherer Aufruhrung von Mitteln. Die Ausgabe stieg jedoch infolge der lebhaften Tätigkeit der Gauleiter durch die erhöhte Lohnbewegung. Die Erfolge, die errungenen Lohnhöhungen rechtfertigen die höhere Ausgabe und wiegen sie vielfach auf. Auch die Erhaltung und Ausbildung geistiger Kräfte wird mit der Neuerichtung erreicht. Gegen den früheren Zustand sei das ein großer Vorteil. Noch haben wir immer noch eine erhebliche Fluktuation der Mitglieder des Verbandes zu verzeichnen, aber sie ist verringert und muß noch mehr verringert werden. Dazu hilft das Gauleitersystem, das uns eine ansehnliche Zahl neuer Mitglieder zugeführt hat. Die Arbeitslosenunterstützung wurde durch die durch die Bandestaxe hart betroffenen Zigarettenarbeiterinnen stark in Anspruch genommen. Energisch muß gegen die Regierung die Forderung erhoben werden, daß sie durch die Belastung der Tabakindustrie die Lage der Arbeiter unserer Industrie verschlechtert. Die Krankenunterstützung habe zwar höhere Verwaltungskosten erfordert, aber segensreich habe sie gewirkt, besonders die Wochenerinnerungsunterstützung. Eine Aenderung in der Krankenunterstützung werde sich jedoch nötig machen, denn die zwischen den einzelnen Unterstützungsklassen bestehenden Mißverhältnisse er-

forderten dies. Die Unterstützungsseinrichtungen haben den Verband gefördert. Sie habe der Verband eine so starke Lohnbewegung durchgemacht, als seit der letzten Generalversammlung. Aber diese sei nicht durch eine Draufgängerpolitik hervorgerufen. Wir haben im Vorstand fortgefechtet bremsen müssen. Aber die Tabakarbeiter sind aufgepeitscht worden durch die belastende, den Lebensunterhalt verteuende Steuer- und Zollpolitik der Regierung und herrschenden Klassen. Außerdem war der Aufschwung des Geschäftsganges in unserer Industrie der Bewegung günstig. Vermahren müssen wir uns und energischsten Protest erheben gegen den Vorwurf eines Arbeiters — v. Elm —, daß wir durch unser Verhalten zu Lohnkämpfen getrieben und angehegt hätten. (Aufführung.) Es sind Erfolge errungen worden, die für die Arbeiter ca. 1% bis 2 Millionen Mehrlohn pro Jahr gebracht haben. Freilich haben wir 467 000 Mark für die Lohnkämpfe vom Verband ausgegeben müssen. Hoffentlich wird in dieser Woche auch der große Kampf in Gießen beendet, um deswegen wir uns an die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterchaft wenden müssten. Die Unterstützung ist uns in reicher Weise zuteil geworden, daß wir dafür herzlich danken.

Aber wir werden wahrscheinlich in Zukunft schwere Kämpfe auszufechten haben. Die Lage vieler Tabakarbeiter ist noch eine elende, die bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großfabrikanten arbeiten. Diese Fabrikanten streben durch strammere Organisation der Verbesserung der Lage der Arbeiter entgegen. Die Verfolgung auständiger, höherer Lohn forderner Arbeiter ist bekannt; sie werden durch schwarze Listen existenzlos gemacht. Die Unterbringung weiblicher Tabakarbeiter in andern Orten ist schwierig, weil man sie nicht von der Familie reißen kann. Darum brauchen wir mehr Mittel zur Unterstützung in Lohnkämpfen.

Um so notwendiger ist also die Ausgestaltung unserer Organisation, damit sie erstarke. Einheitlich muß unsre Organisation sein, darum wünschen wir fehnlös die Verschmelzung mit dem Sortiererverband. Leider scheint kein ernster Wille bei den Sortierern zur Verschmelzung zu bestehen, wie deren Vorschläge beweisen. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, bleibt eine Phrase gegenüber der Konzentration der Unternehmer.

Auch die Kampfmittel müssen verstärkt werden. Die Generalversammlung muß sich ernsthaft mit dieser Frage befassen. Unsre Gegner verfolgen genau die finanzielle Entwicklung unseres Verbandes; wissen sie, daß wir finanziell stark sind, dann werden sie den Wünschen der Arbeiter leichter nachgeben.

Der Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie den Arbeiterschutz vernachlässigt und nicht einmal zu einer gesetzlichen Regelung der Hausarbeit kommt, denn der vorliegende Gesetzentwurf führt keine solche herbei. Statt dessen bedroht sie die Arbeiter aufs neue durch neue Steuerprojekte gegen den Tabak. Die Bandestaxe drohte der Tabakindustrie, schuld daran trügen die Zigarettenfabrikanten, die nichts gegen die Bandestaxe taten, vielmehr der Zigarettenindustrie eins auswischen lassen wollten. Nun bedroht sie selbst die Gefahr. Die Tabakarbeiter würden energisch dagegen anstreiken.

Vor allem gelte es, die Organisation, den Verband, zu stärken; seine Macht sei die Gewähr des Erfolges in allen Kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Kollege Gilsen erstattet für den Ausschuß Bericht. Es sei das erste Mal, daß ein Vorsitzender des Ausschusses Bericht erstattet, der von keiner Generalversammlung gewählt ist. Aber der Rücktritt Heisinghs habe eine Neuwahl außerhalb der Generalversammlung nötig gemacht.

Die Münchener Angelegenheit habe dem Verband ziemliche Kosten verursacht. Auch die Hanauer Angelegenheit habe den Ausschuß beauftragt, diese komme jedoch speziell zur Beratung. Die Verschmelzung mit den Sortierern habe den Ausschuß ebenfalls beauftragt; das Resultat liege im Bericht vor. Es scheine, daß die Angelegenheit ohne Erfolg ausgehen werde, das bedinge das Verhalten der Sortierer. Eine Reihe von Beschwerden seien erledigt worden, sie betrafen zumeist Umzugskosten.

Die Steuer- und Heimarbeitersfrage habe zu einer Konferenz geführt, auf der der Ausschuß vertreten war. Die Handlungen seien bekannt.

In der Dresdner Angelegenheit sei der Ausschuß einig mit der Stellung des Vorstandes, wie sie Deichmann zum Ausdruck gebracht habe.

Das Gauleitersystem habe sich bewährt. Für die Gehälter der Bureaubeamten beantragte der Ausschuß eine Erhöhung von 1600 auf 1800 Mark. Die persönliche Auffassung des Redners ist, daß die Gehälter für die Verbandsbeamten zu niedrig seien im Verhältnis zu ihrer Arbeit und den verteuerten Lebensverhältnissen, er bitte daher die Versammlung, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Bezüglich der Wahl des Ausschusses müsse Rücksicht auf etwaige Vakanzen genommen werden. Er schließe sich Deichmann an in dem Ruf: Vorwärts für den Verband!

Kollege Tiedemann erstattet an Stelle des erkrankten Kassierers Niedertrelland den Kassenbericht. Die Revisionskommission sei an der Arbeit, sie werde über den Befund der Kasse Auskunft geben. Es sei prompte Abrechnung durch die Bevollmächtigten nötig zur exakten Führung der Hauptkasse. Schereien und Miztände zwischen Vorstand und Ortsbeamten sei immer die Folge vernachlässigter örtlicher Geschäftsführung. Der Bericht über den Kassenbestand liege zur Einsicht für die Generalversammlung vor.

Darauf setzt die Diskussion über den Geschäftsbericht ein.

v. Elm: Ich bin der Sünder, der das Wort Draufgängerpolitik gebraucht hat. Aber meine Ausführungen dazu sind so knapp wiedergegeben, daß ich sie hier darlegen muß. Es ist jedes Mitglieds Recht, sich über Vergangenes und Zukünftiges in Mitgliederversammlungen auszusprechen. Es müsse mit der jewigen Taktik gebrochen werden, daß diejenigen, die im Verband noch nichts geleistet haben, vom Verband nach kurzer Mitgliedschaft unterstützt werden, wenn sie Lohnkämpfe beginnen. Ich will Vorwärts bezüglich des plötzlichen Hereinbrechens großer Lohnkämpfe walten lassen. Dem Vorstand müsse die Möglichkeit gegeben werden, besser prüfen zu können, welche Folgen Lohnkämpfe haben werden. Ein Kampf muß abgebrochen werden, wenn er zu verändern droht. Wenn in einer Versammlung gesagt worden ist, ich sei von den Arbeitern abgerückt, so ist das unrichtig. Mein Standpunkt ist gegenüber den Unternehmern der gefährlichere, weil ich ihnen nach unsren Kräften und je nach der Situation zu Leibe gehen will.

Den Kampf will ich nicht aufgeben, das beweist, daß ich eine Beitragserhöhung von 10 Pf. beantragt habe, um die Kampffähigkeit des Verbandes zu erhöhen. Wenn wir über ähnliche Neorganisationsfragen beraten, wird es besser in geschlossener Sitzung geschehen.

Das Gauleitersystem wünschen manche beseitigt, manche weiter ausgedehnt. Redner berichtet die dazu gestellten Anträge. Ich halte das Gauleitersystem für nötig. Wer wir waren in Leipzig nicht der Meinung, daß Gauleiter mit der Hast angestellen würden; aber die Verhältnisse mögen dazu gedrängt haben. Gewiß haben die Gauleiter zur Verstärkung der Mitgliederzahl beigetragen, allein ihrer Tätigkeit ist sie nicht anzuschreiben.

Die Abschaffung der Gauleiter würde eine Reaktion im Verband bedeuten. Ob die Kosten im Verhältnis zu dem System zu hoch sind, ist fraglich. Anguerufen ist, daß höhere Kosten nicht zu hoch sind in Ansehung der erworbenen Mitgliederzahl. Um der Erhaltung der Mitgliederzahl dürfen wir die Unterstützungen nicht erniedrigen, eher muß der Beitrag erhöht werden.

Ich bedaure, daß die Verschmelzungsfrage diesen Abdruck gefunden hat. Die Veröffentlichung der Verhandlungen hat der Einigung nicht gedient. Wenn bei den Sortierern zurzeit ein Bedürfnis zur Verschmelzung nicht vorhanden ist, so könnte man durch einen gemeinsamen Beschuß die Verhandlungen vertagen. Der Verbandsleitung der Sortierer wird der Vorwurf gemacht, daß sie keine Neigung zur Einigung habe. Sie wollte sich an der öffentlichen Diskussion nicht beteiligen, müßte sich aber von dem Vorwurf rechtfertigen. Die Unterstützungsverhältnisse liegen so verschieden, daß die Sortierer wegen dieses Unterschiedes wenig Neigung zur Verschmelzung haben. Wir sind oft gemeinsam vorgegangen, obgleich wir getrennt marschieren. Redner geht auf Einzelheiten von Lohnkämpfen ein. Wenn ich gesagt habe, wir lassen uns auf diese Kämpfe nicht mehr ein, so ist gemeint, daß wir Kämpfe, die zum Weißblut des Verbandes führen, zu verhindern suchen. Will man den Sortierer-Verband von der Generalkommission ausschließen lassen, so läßt sich die Generalkommission darauf nicht ein. Manche Sortierer mögen einen rückständigen Standpunkt in dieser Frage einnehmen, aber sie werden zu andern Ansichten kommen. Zwischen läßt sich die Sache nicht. Mit der Festigung der Verhältnisse im Tabakarbeiterverband werden die Sortierer eher zur Neigung für eine Verschmelzung kommen. Jetzt halten sie an ihren von dem Verband stark abweichenenden Unterstützungsfraktionen fest. Ich wünsche, daß die Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage nicht neues Feuer gießen.

Es folgt die Mittagspause.

Bielefeld, 14. Oktober.

Nachmittagsitzung.

Vönsch-Striegau ist für Erweiterung des Gauleitersystems. An Orten mit zahlreichen Mitgliedern sollten Ortsbeamte ange stellt werden, dadurch könne noch mehr für den Verband herausgeholt werden. Sparsamkeit sei in diesem Falle nicht am Platze. Bezuglich der Gewinnung weiblicher Mitglieder solle man sich an die Gewerkschaften anderer Berufe wenden, deren Mitglieder ihre Frauen und Töchter, die Tabakarbeiterinnen sind, verlassen, unserm Verband beizutreten. Die Fluktuation im Verband sei durch die Unterstützungsseinrichtungen nicht beseitigt worden. Wenn die Sortierer allem so voraus wären, wie v. Elm es darstellte, dann müßten sie in besserer Einsicht ein Opfer bringen und die Sonderbündelei aufgeben. Sie berufen sich aber auf ihren Geldsack wie Hirsch-Dunklerianer. — Die Gehaltsfrage ist schwierig, aber wir müssen die Gehälter unsrer Beamten erhöhen. Nur eine Beitragserhöhung müssen wir zu umgehen suchen, sie würde uns wahrscheinlich Mitglieder kosten. Keinesfalls muß die Sache überlegt werden.

Stoll-Ladenburg erklärt die süddeutschen Verhältnisse, die infolge der Ausnützung der traurigen Lage der Arbeiter im Odenwald, überhaupt in entfernten ländlichen Orten durch die Fabrikanten, schädlich für die ganze Industrie seien. Redner ist gegen Herausbildung der Unterstützungen. Die Unterstützungs einrichtungen seien im Süden das beste Agitationsmittel. Der Einfluß der geistlichen Agitation müsse geschickt überwunden werden. Nach und nach könne das geschehen. Wenn ein Kampf um Lohnhöhungen geführt wird, dann muß er ein großer, weite Gebiete umfassender sein. Redner erklärt sich gegen eine Erhöhung der Beiträge.

Müller-Berlin: Zwischen den Ausführungen Elms in der Leipziger Generalversammlung und seinen heutigen Ausführungen besteht ein Widerspruch. Von der Leitung des Sortierer-Verbandes werde darauf hingearbeitet, daß es zu keiner Verschmelzung kommen soll. Selbst die Einräumung einer Sektionsbildung der Sortierer in unserem Verband genügt den Sortierern nicht mehr. Die Diskutierung der Frage im Sortiererverband habe ich verfolgt, sie bog sich fast durchweg auf die Unterstützungsseinrichtungen. Das ist nichts weniger als zeitgemäß. Gegen den Auspruch v. Elms bezüglich der Draufgängerpolitik muß protestiert werden, es sei nur gut, daß ihn Elm abgeschwächt habe. Wenn die Zigarettenarbeiter Sonderbündelei treiben wollten, könnten sie auch einen besondern Verein bilden, sie denken aber solidarischer als die Sortierer. Redner wünscht, daß der Arbeitsnachweis den Gauleitern übertragen werde; das werde sicher vorbehalt für den Verband erweisen.

Schmidt-Dresden bespricht eine Differenz zwischen den Zahlstellen Dresden und Brettnig. Es seien 300 Ml. von Dresden zur Unterstützung bei der Lohnbewegung nach Brettnig geliefert worden, die nicht zurückgezahlt werden. Die Dresdner Zahlstelle beantragt, daß die 300 Ml. vom Vorstand zurückgezahlt werden zu Lasten der Hauptkasse.

Wenzel-Halle zweifelt an der Auslegung des Wortes Draufgängerpolitik durch Elms heutige Ausführungen; v. Elm habe sich auch sehr unfreudlich gegen unsern Verband in Düsseldorf ausgesprochen. Der Vorstand des Sortierer-Verbandes habe nicht so gehandelt, wie er hätte handeln sollen, um eine Verschmelzung zu ermöglichen. Die Verschleppung rechtfertigte den Abbruch der Verhandlungen seitens des Vorstandes unsres Verbandes. Man dresele sonst nur weiter leeres Stroh. Redner wendet sich gegen den Antrag, der den Tabakarbeiter in lateinischer Schrift gedruckt haben will; ferner ist er gegen die Angabe der laufenden Beitragswoche im Tabakarbeiter, die laufende Nummer des Tabakarbeiter gebe darüber Aufschluß. Die Frage der Übertragung des Arbeitsnachweises an die Gauleiter sei beachtenswert, das erleichtere den Arbeitsnachweis und spart Zeit und Kosten.

Eine Enquête über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei neuerdings aufzunehmen, denn die Angaben der früheren Enquête seien überholt oder irreleitend, weil die Fabrikanten vielleicht ihre Produktionsstätten verlegt haben.

Hoffmann-Leipzig hatte früher Bedenken gegen das Gauleitersystem, er sei aber befriedigt worden durch Erfahrungen und Erfolge mit dem Gauleitersystem. Die Leipziger Tabakarbeiter haben schlechtere Löhne als süddeutsche Arbeiter. Alle Haushalt im 12. Gan gehe von Leipziger Fabrikanten aus; besonders die Weltfirma Haschke zahle Löhne, die unter aller Würde seien. Megito-Zigarren werden mit 7.50 Ml. Lohn für Winkel und Zigarren bezahlt. Gegenüber diesen traurigen Verhältnissen müsse ein beflockter Gauleiter angestellt werden, deshalb sei von der Zahlstelle Leipzig der dahingehende Antrag gestellt, den er anzunehmen bitte. Der Sortierer-Verband betreibt eine Abteilung unserer Mitglieder, wenn sie Sortierer sind. Dieser Fall liegt in Leipzig vor.

Eberle-Bremen: Kollege v. Elm hat heute einen außerordentlich milden Ton angeschlagen, das tat er nicht immer. Die Verschmelzungsfrage hat im Sortierer-Verband zur Urtümung geführt, die Verschmelzung ist abgelehnt worden. Dieses Resultat sei die Folge falscher gewerkschaftlicher Erziehung. Das Organ der Sortierer genügt einer zeitgenössischen Belehrung

